

ANTRAG AF-12/2024

	DATUM	SITZUNGSTEIL
FDP-Fraktion	13.02.2024	öffentlich

GREMIUM	STATUS	TERMIN	EINLADUNG	TOP
Ausschuss für Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt	vorberatend	19.03.2024	2/2024	
Rat der Stadt Lünen	beschließend	25.04.2024	7/2024	

BEZEICHNUNG DES TAGESORDNUNGSPUNKTES

Antrag der FDP-Fraktion vom 08.02.2024 i.S. Bezahlkarte für Geflüchtete

Inhalt:

Die Fraktion der FDP beantragt, dass der Rat der Stadt Lünen die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete begrüßt.

Der Rat der Stadt Lünen soll sich allerdings der Kritik der kommunalen Spitzenverbände an den Einführungs- und Finanzierungsmodalitäten anschließen. Die NRW-Landesregierung wird dazu aufgefordert, die Bezahlkarte in eigener Verantwortung landesweit einzuführen, zu verwalten und deren Einführung, sowie den Betrieb zu finanzieren.

Information über den aktuellen Sachstand durch die Verwaltung:

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden wurde über die Bezahlkarte für Geflüchtete verhandelt. Hintergrund der Überlegungen zur Einführung einer solchen Bezahlkarte ist u.a., dass auf diesem Weg Anreize für eine Zuwanderung nach Deutschland vermieden werden sollen.

Aus diesem Prozess ist eine Ausschreibung hervorgegangen, der sich 14 Bundesländer, auch NRW, angeschlossen haben. Nun soll bis Juni 2024 ein Dienstleister gefunden werden, der eine solche Bezahlkarte bereitstellen kann. Der Zeitplan sieht derzeit eine Auftragserteilung im 3. Quartal 2024 vor.

Um die Bezahlkarte zu ermöglichen soll das Asylbewerberleistungsgesetz durch den Bund angepasst werden. Die Bundesregierung hat sich auf eine Regelung verständigt, nach der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz künftig statt Geld auch optional eine Bezahlkarte erhalten können. Für die Ausgestaltung des gesetzlichen Spielraums sind die Länder zuständig.

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände werden über die weitere Ausgestaltung der gesetzlichen Regelung sprechen. Nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes erübrigen sich damit bis auf Weiteres politische Diskussionen in den Räten vor Ort über die Modalitäten der Einführung der Bezahlkarte.

Aktuell sind noch keine konkreten Einzelheiten zur Ausgestaltung bekannt, sodass die Verwaltung nicht absehen kann, welcher Aufwand durch die Einführung entstehen wird. Daher wird empfohlen zum jetzigen Zeitpunkt weder eine Beschlussfassung über die grundsätzliche Einführung als auch über die Modalitäten zu fassen.